

18/87

Helmut Kohl zum Ausgang der Wahlen

Unser Hauptproblem liegt in den ländlichen Räumen

Die Stimmeneinbußen der CDU bei den Landtagswahlen sind nach Ansicht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, vor allem auf die Agrarprobleme in Rheinland-Pfalz und die Verwirrung um die Abrüstungsdebatte zurückzuführen. Manche „schrille Töne“ in der Abrüstungsdiskussion hätten zur Verwirrung der Bürger beigetragen, kritisierte der Kanzler.

Helmut Kohl sagte auf einer Pressekonferenz im Bonner Konrad-Adenauer-Haus: „Ich sehe unser Hauptproblem bei dieser Wahl eindeutig in den ländlichen Räumen, und hier ist das Kernstück die miserable Lage der Bauern und Winzer.“

Vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU bezeichnete der Kanzler die bevorstehenden Abrüstungsbeschlüsse als eine der wichtigsten Entscheidungen für über ein Jahrzehnt. Deshalb werde man darüber sachlich und ohne Zeitdruck diskutieren, um am 4. Juni im Rahmen einer Regierungserklärung mit einer gemeinsamen Position der Koalition an die Öffentlichkeit zu treten.

Für das schlechte Abschneiden der CDU in Rheinland-Pfalz sei aber auch die geringe Wahlbeteiligung verantwortlich, sagte Helmut Kohl. Ein Teil der Nichtwähler sei wohl davon ausgegangen, daß Bernhard Vogel ohnehin Ministerpräsident bleibe. Der größere Teil der Nichtwähler habe aber wohl der CDU einen „Denkzettel“ verpassen wollen. Bernhard Vogel zählte vier Gründe für die Stimmenverluste seiner Partei auf:

HEUTE AKTUELL

● WAHLEN

Bernhard Vogel bleibt Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, dennoch erlitt die Union bei der Landtagswahl erhebliche Stimmenverluste. Bundeskanzler Helmut Kohl sieht die Hauptprobleme in der miserablen Lage der Winzer und Bauern.

— Auch in Hamburg konnte die CDU ihr angestrebtes Ziel, die SPD in der Regierungsverantwortung abzulösen, nicht erreichen. Analysen und Meinungen auf den Seiten 2 bis 8

Die Wahlergebnisse finden Sie als Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe

● ABRÜSTUNG

Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers. Seite 9

● GRUNGESETZ

Für die Verwirklichung der Menschenrechte. Seite 10

● FINANZEN

Gerhard Stoltenberg: Offensive Finanzpolitik für Stabilität, Wachstum und Beschäftigung. Seite 13

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

- die schlechte Wahlbeteiligung,
- die veränderte Parteienlandschaft mit Grünen und einer wiedererstarkten FDP,
- die Probleme auf dem Land und
- die Abrüstungsdiskussion.

Bernhard Vogel nannte es töricht, daß der Eindruck erweckt worden sei, die CDU sei gegen die doppelte Null-Lösung.

Zur Frage einer möglichen SPD/FDP-Koalition in Hamburg sagte Bernhard Vogel, man sei sich im CDU-Präsidium darüber einig gewesen, daß ein solches Bündnis keine Auswirkung auf die Arbeit

der christlich-liberalen Koalition in Bonn haben werde.

Hartmut Perschau erklärte, die SPD habe in Hamburg nur von den Grünen profitiert. Dagegen habe sie keine Wähler von CDU oder FDP zu sich herüberziehen können. Die sich anbahnende Koalition von SPD und FDP werde eine Fülle grundsätzlicher Probleme Hamburgs nicht lösen können. Die Konflikte lägen auf dem Tisch: Ausstieg aus der Kernenergie, Ankauf von Wohnungen der Neuen Heimat, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen oder Personalabbau zur Sanierung der öffentlichen Haushalte. In allen diesen Fragen nähmen SPD und FDP gegensätzliche Standpunkte ein.

Wahlen werden in der Mitte gewonnen oder verloren

Heiner Geißler zum Ausgang der beiden Wahlen

In einem Interview im Südwestfunk erklärte der CDU-Generalsekretär: „Bernhard Vogel bleibt Ministerpräsident, die CDU wird die nächsten vier Jahre in Rheinland-Pfalz regieren. Aber das Wahlergebnis wird nicht ganz dem gerecht, was die CDU in Rheinland-Pfalz in den letzten vier Jahren an wirtschaftlicher Entwicklung, an Verbesserungen der sozialen Infrastruktur und an der Weiterentwicklung ... unserer Schul- und Kulturpolitik geleistet hat.“

Wir haben in Rheinland-Pfalz sicher zu spüren bekommen — die Wahlenthaltung ist dafür ein Indiz, aber auch die überproportional hohen Verluste in den Bereichen von Trier und an der Mosel —, daß die ungelösten Probleme der Landwirtschaft, aber auch der Winzer die Leute bedrücken.

Diese Probleme sind zwar auch nicht von uns produziert worden, aber es sind eben Aufgaben, die noch einer positiven Lösung harren, wir wollen das ja auf der Bundesebene in dieser Legislaturperiode erreichen. Und ich glaube auch, daß die Diskussion um die Abrüstung, um die doppelte Null-Lösung nicht gerade zu Gunsten der Christlich Demokratischen Union sich ausgewirkt hat.

Es hat sich ... gezeigt, daß in Hamburg, aber auch in Rheinland-Pfalz sich auf dem rechten Rand überhaupt nichts bewegt hat. Das sind ja Spurenelemente mikroskopischer Art ... Wir haben unsere Stimmen verloren in der Mitte an die FDP. Und dies muß eine Lehre sein ... Die Wahlen werden für die große Volkspartei CDU in der Mitte gewonnen ...“

Bernhard Vogel:

Herbe Verluste, aber weiterhin die entscheidende Kraft im Land

Der CDU-Landesvorsitzende Rheinland-Pfalz, Ministerpräsident Bernhard Vogel, hat das Ergebnis der Landtagswahlen für die CDU als „unbefriedigend und enttäuschend“ bewertet. Mit 45,1 Prozent der Stimmen sei die Union deutlich unter dem allerdings auch ganz vorzüglichen Ergebnis der vorausgegangenen Landtagswahlen geblieben. Diesmal habe die CDU ihr Ziel, allein eine regierungsfähige Mehrheit zu erhalten, nicht erreicht. Es wäre falsch, sagte Vogel, das zu beschönigen.

Ebenso falsch wäre es freilich aus seiner Sicht, angesichts dieses Ergebnisses in „depressive Stimmung“ zu verfallen und das zu vergessen, was erreicht worden sei. Die CDU sei weiterhin die entscheidende Kraft in Rheinland-Pfalz. Sie bleibe dies mit weitem Abstand vor der SPD. Ein weiteres wesentliches Ziel der Union sei erreicht: „Eine Mehrheit von rot-grün ist verhindert worden. Es hat sich gelohnt, offensiv und mit Argumenten auf die Politik der Grünen einzugehen und zu sagen, was rot-grün für Rheinland-Pfalz bedeuten würde. Die CDU allein hat mehr Stimmen bekommen als SPD und Grüne zusammen.“

Ferner habe die CDU in Rheinland-Pfalz erreicht, was es unter den Flächenländern in der Bundesrepublik Deutschland sonst nirgendwo gebe, fügte Vogel hinzu: Seit 40 Jahren werde Rheinland-Pfalz von der Union regiert. Die CDU habe bei den Landtagswahlen den klaren Auftrag der Wähler erhalten, das Land auch in sein fünftes Jahrzehnt hineinzuführen.

Der CDU-Landesvorsitzende forderte dazu auf, auch angesichts der deutlichen Stimmenverluste für die Union in Rheinland-Pfalz den Blick nicht von der Situation der SPD abzuwenden. Die SPD habe trotz der Unionsverluste nicht zu-, sondern abgenommen. Sie habe weniger Stimmen und Prozente erhalten. Auch dies sei ein bemerkenswertes Ergebnis der Landtagswahl 1987. Der Kandidat der SPD habe nicht, wie es sein Wahlslogan vorgab, „mehr gebracht“. Er habe seiner Partei vielmehr weniger Stimmen gebracht. Er habe weder sein Ziel der „eigenen Mehrheit“ erreicht, noch sei er in die Nähe der bisweilen von ihm genannten 40-Prozent-Marke gekommen. Vogel: „Mit 38,8 Prozent brachte Scharping der SPD weniger als sein Vorgänger in der Funktion des Spitzenkandidaten und führte die Partei etwa zu dem 1975 in Rheinland-Pfalz erreichten Ergebnis zurück. Trotz unserer eigenen Verluste verdient auch dies bei der Betrachtung des Wahlergebnisses festgehalten und weitergesagt zu werden.“

Der CDU-Landesvorsitzende wies darauf hin, daß in der CDU damit begonnen worden sei, die Gründe zu analysieren, die zum Rückgang der Stimmen für die Union führten. Es wäre aus seiner Sicht allerdings zu früh, bereits jetzt endgültige Aussagen treffen zu wollen. Erkennbar sei jedoch, daß die geringe Wahlbeteiligung, die Probleme des ländlichen Raumes und vor allem die Darstellung der Abrüstungsdebatte der Union erheblichen Schaden zugefügt hätten. Außerdem gebe es bei einer immer stärker geworde-

Hartmut Perschau

Wir haben unser Ziel nicht erreicht

Die CDU hat in Hamburg ihr Wahlziel, gemeinsam mit der FDP einen politischen Neuansfang in der Stadt zu machen, nicht erreicht. Wir haben bei dieser Wahl 1,4 Prozent der Wählerstimmen verloren im Verhältnis zur Wahl im November 1986. Die FDP hat 1,7 Prozent der Stimmen zugewonnen — die SPD hat 3,5 Prozent von der GAL dazugewonnen.

Wenn Sie sich die weiteren Bewegungen ansehen, dann hat seit dem November 1986 kein Wähleraustausch zwischen der CDU und der SPD stattgefunden. Es ist bei einer Wahlbeteiligung, die 1,8 Prozent über der Wahlbeteiligung vom 9. November 1986 liegt, eine durchschnittliche Wählermobilisierung erreicht worden. Es ist den Sozialdemokraten also nicht

gelungen, zusätzliche Wähler für sich zu mobilisieren, weder aus unserem Lager, noch aus dem FDP-Bereich. Die SPD hat ausschließlich profitiert von der parteiinternen Diskussion der GAL. Als die GAL in ihrem Streit zwischen „Realos“ und „Fundamentalisten“ ihre Bündnisunfähigkeit mit der SPD dokumentierten, sind diejenigen Wähler, die an ein rot-grünes Bündnis glaubten, wieder zur SPD zurückgekehrt.

Bei der Wählerbewegung zwischen der CDU und der FDP hat es wohl im wesentlichen zwei Gründe gegeben. Der eine Grund lag in der Koalitionsaussage mit einer Präferenz zugunsten der CDU. Es hat sicherlich eine Reihe von CDU-nahen Wählern gegeben, die der FDP über die Fünf-Prozent-Hürde helfen wollten, um die Wende in Hamburg durchzu-

(Fortsetzung von der vorigen Seite) nen Mobilität der Wähler eine erkennbare Abneigung der Bürger, eine Partei mit der absoluten Mehrheit auszustatten. Was die geringe Wahlbeteiligung angehe, so habe sich seine, Vogels Sorge, als überaus begründet erwiesen, daß allzu viele Anhänger der Union dem Irrtum verschlagen könnten, daß für die CDU in Rheinland-Pfalz bereits alles gelaufen sei und für sie keine Gefahr bestehen könne.

Für die Partei komme es nun darauf an, sagte der Landesvorsitzende, die genannten Gründe sorgfältig zu analysieren und aufzuarbeiten. Die Partei werde indessen dabei mit Sicherheit den Blick nach vorne nicht verlieren.

In Rheinland-Pfalz wird es aufgrund des Ergebnisses der Landtagswahl mit der FDP, die bereits vor den Wahlen eine

klare Koalitionsaussage zugunsten der CDU gemacht hatte, Koalitionsverhandlungen geben. Vogel kündigte zügige und faire Verhandlungen an. Er lege aber Wert darauf, daß so gründlich verhandelt werde, daß weiterhin in Rheinland-Pfalz eine solide und verlässliche Politik gestaltet werden könne. Nützlich sei dabei, daß es in Rheinland-Pfalz über 20 Jahre hinweg mit der FDP in Koalitionsregierungen eine gute Zusammenarbeit gegeben habe.

Die CDU werde mit aller Kraft die Chance nutzen, die der erneute Auftrag des Wählers, das Land zu führen und den Bürgern zu dienen, in den kommenden vier Jahren biete. Vogel: „Wir haben alle Chancen, Boden, den wir bei diesen Wahlen verloren haben, bereits bei den nächsten Wahlen wieder gutzumachen.“

setzen. Eine große Rolle gespielt hat auch die Gesamtdebatte um das Rüstungs-thema. Dieses Thema ist in einer säkularisierten Großstadt besonders sensibel, weil natürlich rechts-links-Diskussionen in einer sich selbst als liberal betrachten-den Hansestadt einen höheren Ausschlag haben. Wir hatten bei der Bundestags-wahl ein Wahlergebnis für die FDP von 9,6 Prozent, was sicherlich eine beson-dere Reaktion auf die damalige Diskus-sion zwischen der CSU und der FDP gewesen ist. Ich glaube, daß die Bewe-gungen in Hamburg sehr transparent sind. Sie haben sich zunächst innerhalb der Blöcke vollzogen und dann zur Bil-dung eines neuen Blocks geführt, nämlich vermutlich zu einer sozial-liberalen Koalition.

Die CDU hat einen sehr starken Wahl-kampf gemacht, sie war sehr solidarisch und hat sich ein sehr stabiles Vertrauens-potential erworben. Deshalb wird die CDU aus diesem politischen Ergebnis nicht geschwächt hervorgehen. Ich bin ganz sicher, daß die sich anbahrende Koalition von SPD und FDP eine Fülle von grundsätzlichen Problemen unserer Stadt nicht lösen kann, weil die Pro-blematik zwischen der gespaltenen SPD und der jetzt neu ins Parlament kommenden FDP wohl nur sehr schwer aufgelöst wer-den kann. Die Konflikte zwischen SPD und FDP liegen bereits heute auf dem Tisch. Die einen sind für den Ausstieg aus der Kernenergie, die anderen sind dagegen. Die einen sind für den Kauf der Neuen Heimat, die anderen sind dage-gen. Die einen sind für Privatisierung, die anderen sind dagegen. Die einen wollen die Staatsfinanzen sanieren durch Abbau im Personalbereich, die anderen sind dagegen.

Ich glaube, es wird eine Zeit werden, in der die politischen Probleme unserer Stadt in besonders intensiver Weise dis-

kutiert werden. Ich bin ganz sicher, daß die CDU hier eine ganz bedeutende Rolle spielen wird und daß die CDU in dieser Funktion auch eine große Chance haben wird zu beweisen, daß ihre Argumente richtig sind und daß die Freie und Han-sestadt Hamburg, die Christlich Demokrat-i sche Union braucht, um ihre Probleme lösen zu können.

Wahlsieg der Nationalist Party in Malta

Zum Wahlsieg der christlich-demokrat-i schen Nationalist Party in Malta erklärte die außenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Frau Michaela Geiger**: Malta kann aufatmen. Die christlich-demokratische Nationalist Party unter Fenech Adami, die schon beim letzten Wahlgang die Mehrheit der Stimmen errungen hatte, aber aufgrund eines manipulierten Wahlrechts in der Opposition blieb, wird nunmehr die Regierung in Malta stellen.

Die CDU/CSU beglückwünscht die mal-te-sische Schwesterpartei zu diesem Sieg und sieht einer nachhaltigen Verbesse- rung der Beziehungen des Inselstaats mit den EG-Partnern, insbesondere Italien und Deutschland, entgegen.

Auch **Heinrich Pohlmeier**, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für wirt-schaftliche Zusammenarbeit, übermittelte seine Glückwünsche und erklärte u. a.: Eduard Fenech Adami und seine Partei unterhalten lange freundschaftliche Beziehungen zu den christlich-demokrat-i schen Parteien Europas. Damit ist ver-bürgt, daß christliche und freiheitliche Grundwerte den künftigen politischen Kurs Maltas bestimmen werden. Von der Bundesrepublik Deutschland aus sollten wir diese neue Politik Maltas mit allen Kräften unterstützen.

Infas-Analyse

Kein Austausch zwischen den Blöcken

„Bei der Doppelwahl vom 17. Mai haben die Wähler interessante Zeichen gesetzt. Sie haben in beiden Ländern das System der vier Parteien zum ersten Male installiert, in Rheinland-Pfalz seit Jahren wieder eine Koalition erzwungen, in Hamburg das Regieren erst möglich gemacht, heißt es in einer Analyse des Bonner Infas-Institutes.

So verschieden die beiden Länder nach politischer Tradition und Bevölkerungsstruktur auch sind, so sehr sich die Themen des Wahlkampfes auch unterscheiden: In vieler Hinsicht wurde an diesem Sonntag nach ähnlichem Muster vorgegangen. Für die Christdemokraten als Verlierer dieser Wahl ging in Mainz wie in Hamburg die Hoffnung nicht auf, der hessische Trend vom 5. April werde sich am 17. Mai fortsetzen.

Den Liberalen gelang in beiden Ländern — in Hamburg beim fünften Anlauf — der Sprung aus dem parlamentarischen Abseits an die Schaltthebel der Macht. Die Abwanderung von der SPD zu den Grünen hielt sich in Rheinland-Pfalz wegen der für die Grünen ungünstigen Struktur in Grenzen; in Hamburg gab es zum ersten Mal seit langem einen Rücklauf von der GAL zur SPD.

Die landesspezifischen Sondertrends, die zunächst den Beobachter überraschen mögen, bestätigen beim zweiten Blick die Regel, daß sich die Wähler mehr als früher an aktuellen Gegebenheiten orientieren und eher taktisch als ideologisch entscheiden.

Bei der genaueren Analyse der für das Ergebnis entscheidenden Wählerbewegungen, fällt vor allem eine Gemeinsam-

keit ins Auge, die den Prämissen der parlamentarischen Demokratie zu widersprechen scheint: Die wahlentscheidenden Wanderungen fanden nicht zwischen den Lagern, sondern innerhalb der Blöcke statt. Wenn das „bürgerliche“ und das „rot-grüne“ Lager jeweils zusammengefaßt werden, zeigt sich eine bemerkenswerte Stabilität.

In Rheinland-Pfalz haben CDU, FDP und FWG diesmal zusammen 53,9 Prozent der Stimmen erhalten. Dies liegt sehr nahe am Ergebnis der letzten Bundestagswahl (54,2 Prozent), der Kommunalwahl von 1984 (54,4 Prozent) und der Landtagswahl von 1983 (55,4 Prozent). Sozialdemokraten und Grüne kamen diesmal zusammen auf 44,7 Prozent; die Werte für die anderen Wahlen liegen zwischen 44,1 und 45,5.

In der Hansestadt hat es in den Wahlen seit November 1986 ein fast unverändertes Stärkeverhältnis zwischen SPD und GAL einerseits, CDU und FDP andererseits gegeben. Damals lautete das Ergebnis 52,1 zu 46,7 Prozent; bei der Bundestagswahl im Januar 52,2 zu 47,0; und am letzten Sonntag 52,0 zu 47,0.

Wenn die Bundestagswahl vom 25. Januar zum Vergleich herangezogen wird, zeigt sich ein interessanter Unterschied. In Rheinland-Pfalz haben die wichtigsten Bewegungen schon vor dieser Bundestagswahl stattgefunden und wurden durch sie bekräftigt. Seitdem hat sich wenig getan: Die SPD hat nur 1,7 Punkte zugelegt, FDP und Grüne haben etwas an Stimmen eingebüßt und die CDU hat mit 45,1 Prozent am 25. Januar und am 17. Mai exakt das gleiche Resultat erzielt.

In Hamburg dagegen haben sich die wesentlichen Tendenzen dieser Wahl erst in den letzten Wochen herausgebildet. Die Veränderungen von der GAL zur SPD sind, bezogen auf die Bundestagswahl, sogar noch stärker ausgeprägt als gegenüber der letzten Bürgerschaftswahl.

Tendenzen in Rheinland-Pfalz

Die CDU, seit 40 Jahren Regierungspartei, hat gegenüber 1983 viel Federn lassen müssen: 6,8 Prozentpunkte und über 300 000 Stimmen. Seinerzeit war zugleich zum Landtag und zum Bundestag gewählt worden, mit einer entsprechend hohen Beteiligung. Der Rückgang der Wahlbeteiligung von 90,4 auf 77,2 Prozent traf die CDU besonders stark; allerdings auch die SPD. Die Abwanderungen gingen in alle Richtungen, die meisten Wähler bewegten sich von der CDU zur FDP (im Saldo rund 55 000), weitere 35 000 zu den kleineren Parteien.

Themen ganz unterschiedlicher Prägung machten der Regierungspartei zu schaffen: Agrarpolitik, Arbeitsmarkt, Abrüstung. Jeder der Mitbewerber innerhalb und außerhalb des Parlaments profitierte davon auf seine Weise. Auf der politischen Landkarte führte dies zu sehr verschiedenen Entwicklungsmustern, je nach Wirtschaftskraft und Siedlungsstruktur. Die regionalen Kontraste zwischen Stadt und Land haben sich bei dieser Wahl verschärft.

In ihren traditionellen Hochburgen, in den katholischen und ländlichen Keisen, sind die Verluste der CDU mit mehr als 10 Prozentpunkten besonders drastisch. So lag in den drei strukturschwachen Eifelkreisen (Daun, Bitburg-Prüm und Bernkastel-Wittlich) der CDU-Rückgang bei über 13 Prozentpunkten. Hohe Arbeitslosigkeit, Bauern- und Winzernöte sowie Sorgen wegen der Truppenstationierung trafen hier zusammen. In dieser

Region konnten sowohl SPD (+ 2,6 Punkte) als auch FDP (+ 4,6) und FWG (3,9 Prozent) besser abschneiden als im Landesdurchschnitt.

Ein ganz anderes, aus anderen Wahlen vertrautes Muster weisen die wenigen Großstädte des Landes auf. Im Schnitt sind hier geringere Einbußen der CDU (-4,9 Punkte), aber deutlich stärkere Verluste der SPD (-3,4 Punkte) und höhere Gewinne der Grünen (2,3 Punkte) zu registrieren. Am deutlichsten sind diese Trends in der Landeshauptstadt Mainz ausgeprägt: Für die Grünen das einzige zweistellige Ergebnis und ein überdurchschnittlicher Zugewinn (+ 3,6 Punkte), für die Liberalen der größte Zuwachs (+ 5,5 Punkte) im ganzen Land. Das heißt: Soweit es großstädtische Milieus gibt, verhalten sich die Wähler nicht anders als in Wiesbaden oder Darmstadt.

Die Freie Wählergemeinschaft erwies sich am Ende als nicht ganz so bedrohlich, doch gingen die 1,5 Prozent vor allem vom CDU-Konto ab, und zwar keineswegs nur in den Weinaugebieten (Mittelwert von 2,2). Spitzeneiter ist der Kreis Bitburg-Prüm mit 5,2 Prozent. Die internen Querelen haben dazu geführt, daß in den Hochburgen der Kommunalwahl von 1984, in denen die FWG im Durchschnitt 9 Prozent für sich verbuchen konnte, am 17. Mai nur der Landeswert (1,5 Prozent) erreicht wurde. Die insgesamt 3 Prozent am Rande des etablierten Parteiensystems weisen, ähnlich wie in Bayern, auf eine Auflockerung der politischen Normen hin, auch wenn angesichts der 5-Prozent-Klausel eine reale Gefahr kaum droht.

Tendenzen in Hamburg

Die letzte Hamburger Wahl lag gerade ein halbes Jahr zurück. Es hat seitdem keinen Erdrutsch gegeben, eher ein geringes Volumen an Wählerwanderungen,

aber mit großen Wirkungen. Es ging den Wählern diesmal weniger darum, einzelne politische Sachfragen gelöst zu sehen; dominierendes Thema war, wie auch schon bei den Neuwahlen im Dezember 1982, die „Regierbarkeit“. Parteien und Personen wurden unter dieser Perspektive betrachtet, die Stimmen unter solchen taktischen Aspekten abgegeben. Bestimmte Gruppen wichen in ihrer Stimmabgabe von ihrem „normalen“ politischen Verhalten ab. Auch wenn es nur kleine Gruppen waren, gaben sie in ihrem ungewollten Zusammenspiel den Ausschlag zur Auflösung des Patts.

Die infas-Wanderungsbilanz lässt zwei dominierende Wählerströme hervortreten: einerseits von der CDU zur FDP, im Saldo rund 12 000 Stimmen; andererseits von der GAL zur SPD, im Saldo rund 24 000 Stimmen.

Bei der genauen Lokalisierung dieser beiden Bewegungen zeigen sich auffällige Unterschiede. Die FDP hat in praktisch allen Teilen der Stadt zugenommen, mäßig aber regelmäßig. Die Höhe des FDP-Gewinns korrespondiert mit der Höhe des CDU-Stimmenanteils: Je stärker die CDU, um so mehr hat sie an die FDP abgegeben. Das Muster ist ähnlich dem Stimmensplitting bei der Bundestagswahl vom Januar 1987. Einige FDP-Zweitstimmen sind diesmal zur CDU zurückgegangen, andere sind bei der FDP verblieben.

Die Motive lassen sich aufgrund von Vorwahlbefragungen eindeutig verorten: die FDP sollte Hartmut Perschau zu jener Mehrheit verhelfen, zu der es der CDU alleine nicht reichen würde. Auf die Frage nach der wahrscheinlichen Zusammensetzung des künftigen Senats äußern die meisten die Erwartung, daß die CDU mit der FDP koalieren werde. Auf die Frage nach dem politischen Standort der FDP unterstreichen fast alle Befragten

die Nähe zur CDU. Der Hinweis Ingo von Münchs auf den „Notausgang“, den die FDP auch zur SPD hin offen lassen müsse, wird nicht ernst genommen.

Die Bewegungen von den Grünen/Alternativen zur SPD lassen sich nicht in allen Stadtteilen identifizieren, vor allem nicht in deren klassischen Hochburgen, den Arbeitervierteln und Großsiedlungen. Sie konzentrieren sich im wesentlichen auf die Gebiete, in denen die GAL bei den letzten Wahlen besonders stark zugelegt hatte. Das gilt vor allem für die nach Lage, Milieu und Umfeld attraktiven Wohnquartiere der westlichen Innenstadt: Eppendorf, Hoheluft, Eimsbüttel, Rotherbaum, Winterhude. Bei den jüngeren, den Mittelschichten zuzurechnenden großstädtischen Klientel galt eine alternative Stimmabgabe vielfach als die feine Art des Protests; die totale Verweigerung der GAL weckte angesichts des Hessen-Debakels und der greifbaren Mehrheit nach Bonner Muster Zweifel an der Zweckmäßigkeit dieses Kurses.

„Die grünen Parlamentarierinnen und der rote Bürgermeister haben durch ihr hartnäckiges Nein zu einer rot-grünen Allianz am Ende gemeinsam das bewirkt, worauf Klaus von Dohnanyi schon beim letzten Mal spekuliert hatte und wozu ihm dieses Mal gerade jene FDP-Wähler verholfen haben, die einen Wechsel im Sinn hatten.“

Walter Wallmann Bundesratspräsident

Ministerpräsident Walter Wallmann (Hessen) wurde vom Bundesrat einstimmig zu seinem neuen Präsidenten bis zum Ende des Geschäftsjahres am 31. Oktober 1987 gewählt. Infolge des Wechsels in Hessen von Holger Börner auf Walter Wallmann war die Neuwahl des Bundesratspräsidenten erforderlich geworden.

Erklärung des Bundeskanzlers zum augenblicklichen Stand der Genfer Rüstungskontrollverhandlungen über Mittelstreckenraketen in Europa

1. Ein Abkommen über Mittelstreckenraketen größerer Reichweite ist in greifbare Nähe gerückt. Es wird die vollständige Beseitigung dieser Waffen aus Europa vorsehen. Dieser Erfolg beruht auf der klaren und konsequenter Haltung unseres Bündnisses, zu der die Bundesregierung entscheidend beigetragen hat.

2. Die Bundesregierung wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um ein solches Abkommen noch in diesem Jahr zu ermöglichen. Es geht um eine Schicksalsfrage der europäischen Sicherheit und zugleich um eine entscheidende Wende in der Rüstungskontrollpolitik: Zum ersten Mal steht die vollständige Beseitigung einer ganzen Waffenkategorie bevor.

3. Die Bundesregierung wird deshalb Präsident Reagan in dieser entscheidenden Phase der Verhandlung nach besten Kräften unterstützen, so wie sie es in den Schlüsselfragen der gemeinsamen Sicherheit in den vergangenen vier Jahren stets getan hat. Wir treten unverändert dafür ein, daß es noch in diesem Jahr zu einer weiteren Gipfelbegegnung zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatjow kommt, um den Durchbruch im Rüstungskontrollbereich zu besiegen.

4. Wenn in Genf heute auch über Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite verhandelt wird, so ist auch dies ein Erfolg der Bundesregierung und ihrer westlichen Freunde: Wir waren es, die von Anfang an darauf hingewiesen haben, daß eine Lösung für Mittelstreckenraketen größerer Reichweite nicht durch Waf-

fen geringerer Reichweite umgangen werden darf, daß vielmehr auch über diese Systeme gesprochen werden muß.

5. Dabei liegt es im ureigenen deutschen Interesse, daß nicht nur über einen Teilbereich verhandelt wird. So würde eine Regelung nur für Waffen mit einer Reichweite von 500 bis 1000 km gerade die Waffen außer acht lassen, die vor allem unser Land bedrohen. Es müssen deshalb Waffen aller Reichweiten zwischen 0 und 1000 km einbezogen werden, mit dem Ziel einer tragfähigen Lösung, die die Sicherheit aller Beteiligten, vor allem auch der Deutschen, erhöht.

6. In diesem Zusammenhang muß auch das Übergewicht des Warschauer Paktes bei den konventionellen Streitkräften und chemischen Waffen gesehen werden, die unser Land ebenfalls in besonderem Maße bedrohen. Die Bundesregierung setzt sich deshalb mit Nachdruck für Verhandlungen über konventionelle Stabilität zwischen Atlantik und Ural und für ein weltweites Verbot chemischer Waffen ein.

7. Mir ist in besonderem Maße daran gelegen, zu den Genfer Mittelstreckenverhandlungen gemeinsame europäische Positionen zu entwickeln. Diesem Ziel dienen die laufenden Konsultationen im Bündnis sowie eine dichte Folge hochrangiger bilateraler Begegnungen.

8. Eine Entscheidung von derartiger Tragweite — es geht um die Sicherheitslage auf unserem Kontinent bis weit in das nächste Jahrhundert hinein — darf nicht unter Zeitdruck getroffen werden.

Für die Verwirklichung der Menschenrechte

Heiner Geißler zum Verfassungstag am 23. Mai 1987

Heute vor 38 Jahren wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom Parlamentarischen Rat verkündet.

1. Nach der Katastrophe der totalitären Herrschaft der Nationalsozialisten brachte das Grundgesetz eine prinzipielle Umkehr im politischen Denken. Das Bekenntnis des Grundgesetzes zur Verantwortung des Menschen vor Gott und die rechtlich zwingende Verankerung der Menschenwürde und der Grundrechte an der Spitze der Verfassung sind die eigentliche bahnbrechende Neuerung dieser Verfassung. In der Reichsverfassung von 1871 kamen die Menschenrechte oder die Grundrechte überhaupt nicht vor, in der Verfassung der Weimarer Republik waren Grundrechte genannt. Sie waren

jedoch rechtlich unverbindlich, standen am Ende und waren positivistischer Beliebigkeit anheimgegeben. Das Grundgesetz macht die Geltung der Grundrechte und damit auch der Menschenrechte bindend für die Gesetzgebung, für Regierung und Verwaltung und für die Gerichtsbarkeit.

Das Grundgesetz beginnt mit Menschenwürde und mit Menschenrecht. Das bedeutet keinen zufälligen Aufbau des Grundgesetzes, sondern die Korrektur einer 200jährigen deutschen ideengeschichtlichen Fehlentwicklung. Diese Korrektur geschah damals im Parlamentarischen Rat auch im Bewußtsein eines christlichen Menschenverständnisses.

Durch Ideologien wie Marxismus und Nationalsozialismus, so unvergleichbar sie sonst auch sind, wird der Mensch instrumentalisiert, zum Objekt des staatlichen oder gesellschaftlichen Geschehens gemacht. Diesen Ideologien zufolge lebt der Mensch in einer immanenten, von Menschen geschaffenen und damit auch von Menschen wieder veränderbaren Wertordnung.

Dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland liegt ein christliches Menschenbild zugrunde. Der Kern dieses Menschenbildes ist der Glaube an die Gott-Ebenbildlichkeit jedes einzelnen Menschen. Jeder Mensch ist das Geschöpf Gottes und hat als solches Rechte, die für keinen anderen Menschen zur Disposition stehen. Die Idee der personalen Würde, der Einzigartigkeit und Verantwortlichkeit jedes Menschen schützt ihn vor den Versuchungen totali-

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

Auch die Genfer Verhandlungssituation zwingt nicht zu überstürzten Entscheidungen, zumal die beiderseitigen Vorschläge noch nicht vollständig vorliegen. Auch haben die Verhandlungspartner beschlossen, ihre Arbeit am Abkommen ohne Pause bis in den Frühherbst fortzusetzen, so daß genug Zeit bleibt, die europäische Position einzubringen.

9. Die Bundesregierung will eine politisch tragfähige Position, die die Sicherheitsinteressen unseres Volkes gewährleisten. Ich bin nicht bereit, dabei vor-schnell dem Rat derjenigen zu folgen, die sich nachweislich in den vergangenen Jahren immer wieder geirrt haben.

tärer Ideologien und kann zusammen mit einer realistischen politischen Vernunft Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte garantieren.

2. Die Verwirklichung der Menschenrechte ist zudem die Voraussetzung für den Frieden sowohl zwischen Bürgern eines Staates wie in den Beziehungen von Staaten untereinander. Ein Staatswesen, das seinen Bürgern die Freiheit nimmt, ihnen fundamentale Menschenrechte verweigert, ein Staat, in dem es keine Kontrolle der Staatsgewalt durch das Volk gibt, ist eine zumindest potentielle Bedrohung für seine Nachbarn. Autoritäre und totalitäre Staaten, die ihre Bürger zu Untertanen deklassieren und ihnen die Menschenrechte verweigern, werden sich immer allein durch die Existenz von freiheitlichen und demokratischen Staatswesen bedroht fühlen.

Eine der entscheidenden politischen Erfahrungen unseres Jahrhunderts ist es, daß der Friede immer nur von Diktaturen zerstört worden ist. Nur Diktatoren haben Kriege geführt, von freiheitlichen Demokratien geht keine Gefahr für den Frieden aus. Wer den Frieden fördern will, muß daher für die Verwirklichung der Menschenrechte, d. h. für rechtsstaatliche Verfassungen, in allen Teilen der Welt eintreten.

3. Unsere freiheitliche Verfassung muß immer wieder gegen Angriffe und totalitäre Anmaßungen geschützt werden. Heute sind es drei Gefahren, die unsere Verfassung bedrohen:

■ **Die erste Gefahr** ist die Verunglimpfung unserer Verfassung. Der Vorsitzende der SPD-Jungsozialisten, Michael Guggenmoos, bezeichnete im SPD-Parteiblatt „Vorwärts“ unseren Staat als „Instanz zur Absicherung der kapitalistischen Ordnung“. Mit solchen Vorwürfen wird versucht, die Bevölkerung zu spalten. Auf der einen Seite stehen diejenigen, denen

die Verfassung nützt, auf der anderen Seite diejenigen, die darunter zu leiden haben. Diese Strategie versucht, den Streit um bestimmte politische Ziele zu einem Kampf um die Verfassung zu machen. Die Verfassung ist damit nicht mehr die Grundlage, auf der der politische Streit ausgetragen wird, sie wird selbst zum Gegenstand des Streites und verliert ihre friedensstiftende Funktion.

■ **Die zweite Gefahr** ist die Verdrehung und Verfälschung unserer Verfassung. Wir erleben das ganz aktuell beim Volkszählungsboykott und der geschichtslosen und anmaßenden Berufung auf ein Widerstandsrecht gegen demokratisch gefällte Entscheidungen.

Das Widerstandsrecht des Grundgesetzes dient dem Schutz des freiheitlichen Rechtsstaates, nicht seiner Beseitigung. Der gewaltsame Widerstand im Nazi-Deutschland, in der Sowjetunion oder in Chile legitimiert sich aus der Unmöglichkeit einer friedlichen und rechtsstaatlichen Veränderung der Verhältnisse. Niemand gibt den Grünen das Recht, hier in der Bundesrepublik Deutschland solche Voraussetzungen zu unterstellen. Sie haben alle Möglichkeiten, eine Änderung der politischen Verhältnisse zu erreichen. Sie haben die Freiheit der Information, der Rede, der Teilnahme an Wahlen, der Gründung von Parteien, der Anrufung der Gerichte, der Meinungäußerung, der Demonstration. Sie haben alle demokratischen Möglichkeiten, ihre politischen Ziele zu erreichen, nur eines haben sie nicht: die Mehrheit.

Es ist schwer vorstellbar, daß z. B. die Widerstandskämpfer der Weißen Rose des 20. Juli 1944 Verständnis für die Menschen aufbrächten, die heute einem deutschen Staat Widerstand leisten, für dessen Prinzipien von Recht und Freiheit sie damals ihr Leben wagten und gaben. Man hat fast den Eindruck, daß der von

manchen vor 50 Jahren in Deutschland der Nazi-Tyrannie gegenüber nicht geleistete Widerstand heute gegen den demokratisch legitimierten Staat gefahrlos nachgeholt werden soll.

■ Die dritte Gefahr ist die Gleichgültigkeit gegenüber unserer Verfassung. Sie geht aus von denjenigen, die Verantwortungslosigkeit zum Prinzip erhoben haben und unsere Demokratie als hedonistischen Abenteuerspielplatz mißverstehen. Das sind jene Vertreter der Schickimicki-Society, die losgelöst von allen materiellen Problemen die grün-alternativen Attacken gegen unseren Staat mit einer Mischung aus gelangweilter Sucht nach Abwechslung und eitlem Stolz auf ihr soziales Desinteresse betrachten.

4. Von der Formulierung der Bedingungen der Freiheit durch die Philosophie bis hin zu ihrer praktisch-politischen Realisierung war es ein langer Weg. Er hat in Europa zwei Jahrtausende gedauert. Auch heute ist diese humanste Form der Gestaltung des politischen Zusammenlebens der Menschen nur in einem kleinen Teil der Welt, nur in der Hälfte Europas verwirklicht.

Als Deutsche tragen wir eine besondere Verantwortung für die Durchsetzung und Erhaltung der Menschenrechte. Wir wissen, wohin Gewalt und Terror und wohin das Schweigen über Diktatur und Unmenschlichkeit führen können.

Richard von Weizsäcker hat einmal gesagt: „Die Weimarer Republik ist nicht daran gescheitert, daß es zu viele Nazis, zu viele Kommunisten gab, sondern daran gescheitert, daß es zu wenig engagierte Demokraten gab.“ Heute leben die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland im freiheitlichsten und friedlichsten Staat, den es in Deutschland je gegeben hat. Gerade dies verpflichtet uns, für die Menschenrechte und damit für die Verwirklichung freiheitlicher Verfassungen weltweit einzutreten.

Entlarvendes Verhältnis der Grünen zum Staat

Wohl aus Wut und Enttäuschung über die Niederlage bei der Abrüstungsdebatte mußte der Grünen-Abgeordnete Gerald Häfner seinem Herzen Luft machen und entwickelte seine eigenen und die Vorstellungen seiner Parteifreunde von der Demokratie. In seiner entsprechenden Erklärung vom 11. Mai 1987 heißt es u. a.:

Was ist das für eine Demokratie? Eigentlich sollte der Wille der Mehrheit entscheiden. In der Bevölkerung gibt es eine klare Mehrheit für eine doppelte Null-Lösung. Genauso wäre es im Deutschen Bundestag, würden die Abgeordneten nur ihrem Gewissen und damit dem Grundgesetz folgen. Genau das tun sie nicht. Parteitaktik und Machtinteresse rangieren offenkundig weit über politischen Inhalten und der Verantwortung vor dem Volk.

Ich empfinde diesen Bundestag mit seinen ritualisierten Debatten, Schauspielerreden und vorab festgelegten Abstimmungsergebnissen als ein politisch, geistig und moralisch weitgehend verkommenes Organ.

Zu diesen Äußerungen erklärte Bundespräsident Philipp Jenninger am 12. Mai 1987 der Bild-Zeitung:

„Aus diesen Äußerungen spricht eine erschreckende Diffamierung und Mißachtung unserer parlamentarischen Demokratie. Es ist auch eine unglaubliche Beleidigung aller Kolleginnen und Kollegen, ihnen zu unterstellen, nicht nach ihrem Gewissen zu entscheiden. Wenn es für den Kollegen Häfner wirklich so unerträglich ist, dem Parlament anzugehören, dann sollte er besser sein Mandat niederlegen und aus dem Deutschen Bundestag ausscheiden, anstatt ihn öffentlich verächtlich zu machen.“

Gerhard Stoltenberg:

Offensive Finanzpolitik für Stabilität, Wachstum und Beschäftigung

In dieser Wahlperiode sind der Finanzpolitik neue Aufgaben gestellt. In den vergangenen 4½ Jahren haben wir durch eine konsequente Haushaltspolitik die finanzwirtschaftlichen Grunddaten entscheidend verbessert und so der Stabilitätspolitik wie auch der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung starke Impulse gegeben. Von zentraler Bedeutung waren hierbei die zurückhaltende Ausgabenentwicklung, die Entlastung der Kapitalmärkte, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für private arbeitsplatzschaffende Investitionen.

Solide Finanzpolitik für weniger Staat und mehr Privat

Von 1983 bis 1986 stiegen die jährlichen Ausgaben des Bundes um durchschnittlich 1,7 Prozent, die weitaus niedrigste Steigerungsrate in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bund, Länder und Gemeinden steigerten in dieser Zeit ihre Ausgaben im Schnitt pro Jahr um 2,8 Prozent. So konnte das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften von 4,8 Prozent des Bruttosozialproduktes im Jahr 1981 (4,4 Prozent 1982) auf 2,2 Prozent im Jahr 1986 zurückgeführt werden. Dies war der wichtigste Beitrag für die schrittweise Rückführung der Staatsquote von 49,8 (1982) auf 46 Prozent (1987).

Bereits 1984 haben wir die neu geschaffenen begrenzten Spielräume für erste Schritte zur Steuerentlastung genutzt. Die Einkommen- und Lohnsteuer wird in zwei

Stufen 1986/1988 um knapp 20 Milliarden DM gesenkt. Die wesentliche Verbesserung der Abschreibungsfristen bei Wirtschaftsgebäuden hat spürbare Impulse für die Bauwirtschaft ausgelöst. Sie führt bereits 1988 zu einer Steuerentlastung von rund 4 Milliarden DM.

Im Rahmen der geplanten Steuerreform soll eine weitere Nettoentlastung von insgesamt 25 Milliarden DM hinzukommen. Dieses Konzept führt also in der Zeit vom 1. Januar 1986 bis zum 1. Januar 1990 in drei Stufen zu einer Gesamtentlastung von rund 49 Milliarden DM für die arbeitenden Menschen und die Betriebe.

Mit dieser offensiven finanzpolitischen Strategie will die Bundesregierung die überdurchschnittlich gestiegene Last der direkten Steuern wesentlich und dauerhaft verringern, die Steuerstruktur grundlegend verbessern und in einer schwierigen weltwirtschaftlichen Lage die inneren Wachstumskräfte stärken und damit Beschäftigung fördern. Eine Steuersenkung von fast 50 Milliarden DM, also rund 2½ Prozent unseres Bruttosozialproduktes, kann auch bei weiterhin strenger Ausgabedisziplin nicht ohne eine vorübergehende Erhöhung der Neuverschuldung verwirklicht werden. Wir können auch mit Blick auf die anderen Industrieländer feststellen, daß die Bundesrepublik Deutschland damit in ganz ungewöhnlicher Weise den steuerpolitischen Spielraum für Wachstum und Beschäftigung bis an die äußerste Grenze ausschöpft. Auch deshalb sind die gelegentlich vernehmbaren Appelle aus befürworteten

Ländern für eine expansivere deutsche Finanzpolitik unbegründet.

Politik der Ausgabendisziplin schafft Spielraum für Steuersenkungen

Ein Eckpunkt dieser finanzpolitischen Strategie ist die Fortsetzung des Kurses strikter Ausgabenbegrenzung. Die Koalitionsparteien haben vereinbart, daß in der ersten Hälfte dieser Wahlperiode keine neuen Leistungsgesetze verabschiedet und bestimmte Subventionen beziehungsweise Finanzzuweisungen gekürzt werden. Deshalb wird die mittelfristige Finanzplanung von einer jährlichen Ausgabenzunahme von 2½ Prozent ausgehen, also einem geringeren Zuwachs als bisher geplant. Ein besonderes Strukturproblem der Finanzsituation des Bundes ist die seit einigen Jahren sehr verhaltene Entwicklung seiner Einnahmen. Der Steueranteil des Bundes am Gesamtaufkommen ist rückläufig. Er betrug 1982 noch 48,4 Prozent, heute beläuft er sich auf nur rund 46 Prozent. Ursächlich für die Entwicklung ist insbesondere der weit überdurchschnittliche Anteil der indirekten Steuern an den Einnahmen des Bundes und die Übertragung von Steueranteilen an die Europäische Gemeinschaft sowie in den zurückliegenden Jahren an die Länder. **Die erfolgreiche Rückführung der Inflationsrate von 5,3 Prozent 1982 auf etwa 0,5 Prozent im Jahr 1987 entspricht rechnerisch Steuermindereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden von insgesamt rund 44 Milliarden DM in diesem Jahr.** Längerfristig überwiegen volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch selbstverständlich die positiven Wirkungen der Preisstabilität. Sie erleichtern auch den Kurs strikter Ausgabenbegrenzung und entlasten die öffentlichen Etats bei den Zinsausgaben.

Bei einer Ausgabenlinie von 2½ Prozent

und den erwähnten Einnahmeausfällen für die Steuerpolitik gehen wir aus heutiger Sicht von einem Anstieg der Neuverschuldung des Bundes im Jahr 1988 von knapp 30 Milliarden DM gegenüber 26 Milliarden DM in der geltenden Finanzplanung vom Juli 1986 aus.

Hier wirkt sich auch die Entscheidung aus, die Steuerentlastung 1988 um weitere 5,2 Milliarden DM zu verstärken.

Nach einem leichten Rückgang der geplanten Neuverschuldung 1986 wird sie voraussichtlich 1990 aufgrund der dann noch stärkeren Steuerentlastung auf etwas über 30 Milliarden DM ansteigen. Ab 1991 ergibt sich in der Planung wieder ein Rückgang.

Steuerentlastung für die Bürger

Die volkswirtschaftliche Steuerquote wird zurückgeführt. Sie betrug im Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1975 23,8 Prozent, 1976 bis 1980 24,5 Prozent, 1981 bis 1985 23,7 Prozent und wird voraussichtlich mit rund 22 Prozent den niedrigsten Stand seit den fünfziger Jahren erreichen. Ein begrenzter vorübergehender Anstieg des Haushaltsdefizits durch Steuersenkungen hat bei konsequenter Ausgaben-disziplin, Geldwertstabilität und bei dem erreichten Konsolidierungserfolg eine völlig andere Qualität als die höheren Defizite in den siebziger und frühen achtziger Jahren. Damals hatten wir einen lang anhaltenden Trend steigender Defizite, die zur Finanzierung eines immer höheren Staatsanteils eingesetzt wurden. Heute setzen wir dagegen einen vorübergehenden Anstieg der öffentlichen Defizite zur Finanzierung einer niedrigeren Steuerquote ein. **Statt die Bürger zu belasten, werden sie entlastet.** Es entstehen Freiräume für private Initiative, für private Investitionen und damit für Wachstum und Arbeitsplätze. Damit schaffen wir die Grundlage für anhaltende wirtschaftliche

Dynamik und eine mittelfristig wieder sinkende Neuverschuldung.

Ziel dieser finanzpolitischen Strategie ist es also, insbesondere in der stärkeren Gewichtung der steuerpolitischen Reformaufgabe einen neuen Schwerpunkt zu setzen. Zugleich muß jedoch durch ein verhaltene Ausgabenwachstum das Gleichgewicht zwischen Haushalts- und Steuerpolitik erhalten bleiben und besonders auf die internationale Entwicklung geachtet werden.

Die Kritik der SPD an diesem finanzpolitischen Kurs ist in sich völlig widersprüchlich. Auf der einen Seite wird ein Horrorgemälde über den angeblichen Zusammenbruch der Konsolidierungspolitik entworfen. Auf der anderen Seite fordern führende Sozialdemokraten gemeinsam mit einigen ausländischen Kritikern eine expansivere Finanzpolitik über Ausgabenprogramme mit wesentlich höheren Ausgabenzuwachsen und Defiziten.

Als Partner in der Weltwirtschaft werden wir unserer großen internationalen Verantwortung gerecht.

Mit unserem finanz- und wirtschaftspolitischen Kurs sowie der Währungspolitik leisten wir einen bedeutsamen Beitrag für die gleichgewichtige Entwicklung der Weltwirtschaft.

Die ungewöhnlich starke Höherbewertung unserer Währung auf den internationalen Märkten, die vom Februar 1985 bis zum Februar 1987 zu einer Aufwertung gegenüber dem Dollar um 85 Prozent führte, hat jetzt zu einem spürbar dämpfenden Einfluß auf unsere Exporte geführt. Ein Ausgleich kann nur über die Stärkung unserer inneren Wirtschaftsdynamik erreicht werden. Bereits 1986 stieg die Binnennachfrage preisbereinigt um beachtliche 3,7 Prozent an. Diese Entwicklung weiter zu verstetigen und zu stärken, ist von zentraler Bedeutung. Die internationalen Ungleichgewichte,

die wieder verschärfte Verschuldungs krise und das verhaltene Wachstum der Weltwirtschaft verlangen von uns einen aktiven und wirksamen Beitrag. Auf der anderen Seite müssen unsere ausländischen Partner unsere gesamtwirtschaftlichen Möglichkeiten und finanzwirtschaftlichen Grenzen realistisch einschätzen. Auch wird nur ungenügend zur Kenntnis genommen, wie weit der außenwirtschaftliche Anpassungsprozeß bei uns schon vorangeschritten ist. Die nominalen Zahlen sind durch die starken Wechselkursveränderungen gegenwärtig nur bedingt aussagekräftig. So haben sich z. B. in Mengen die Importe der Bundesrepublik 1986 um 6,2 Prozent vergrößert, in DM-Preisen jedoch um 10,7 Prozent abgenommen. In realer Betrachtung sind die Außenhandelsüberschüsse im vergangenen Jahr schon von 73 auf 53 Milliarden DM oder um 1 Prozent des Bruttonsozialproduktes zurückgegangen. Dieser Prozeß setzt sich auch in diesem Jahr deutlich fort. Aber der Abbau der Ungleichgewichte bei den großen Industrienationen kann sich nur in einem längerfristigen Prozeß vollziehen.

Die finanz- und währungspolitische Zusammenarbeit der großen Industrienationen hat sich trotz weiter bestehender Probleme, vor allem in der Handelspolitik, in letzter Zeit wesentlich verstärkt. Wir betrachten die in Paris vor fast drei Monaten getroffenen Vereinbarungen in der Fünfer- und Siebener-Gruppe als einen bedeutsamen Schritt für eine besser abgestimmte Finanz- und Währungspolitik. Die vergleichsweise stabile Entwicklung des Wechselkurses der Deutschen Mark zum Dollar ist seit der Pariser Erklärung positiv zu bewerten. Diese Entwicklung muß durch vertauensbildende politische Entscheidungen in allen Industrieländern weiter gefestigt und langfristig gesichert werden.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

CDU extra

Aus der Regierungserklärung
von Bundeskanzler Helmut Kohl

**Die Schöpfung
bewahren –
die Zukunft
gewinnen**



Bundeskanzler Helmut Kohl: Vorausschauende Politik

Wir gestalten die Zukunft

Von Helmut Geißler

Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl stärkt die Zukunftsrichtung der Politik und festigt den äußeren, inneren und den sozialen Frieden.

Die CDU hat bei der Wahl des Wahlergebnisses und der Zukunft in das Zentrum der politischen Diskussion gestellt und hierzu vom Wähler einen klaren Regierungsauftrag erhalten. Die Zukunftsrichtung unserer Politik findet jetzt im Regierungsprogramm ihrer Niederschlag. Die politische Handschrift der CDU ist deutlich und klar erkennbar.

Die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer und der Unternehmen wird entscheidend dadurch verbessert, daß in den Gründerförderungen 44,4 Milliarden Mark solche die Körperschaftsteuer wie auch die Einkommens- und Lohnsteuer gesenkt werden. Diese Steuerentlastung ist sozial ausgewogen und leistungsfähig.

Um die Arbeitslosigkeit weiter abzubauen, wollen wir mit über 5 Milliarden Mark die Qualifizierungs-Offensive für Arbeitslose

Unsere Politik stellt die Weichen für das nächste Jahrhundert

„CDU extra“ zur Regierungserklärung

Mindestabnahme: 250 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM

Bestellnummer: 2981

Bestellungen an IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

Broschüre Regierungserklärung

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 29,70 DM

Bestellnummer: 3980

UID

18/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 * **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA Druck, Düsseldorf.